

Die 'Freiheit' erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Ordnung oder bei direkter Bestellung ohne Postgebühr monatlich 2,50 Mk., bei Zahlung mehrer Streifen 4,50 Mk. Die 'Freiheit' ist in den ersten Ausgaben der Postzustellung für 1919 eingetragen. Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Kreisverleger: Kurt Norden 2805 und 2806.

Immer wenn die Zeitungs-Abbesteller über den Raum 1,20 III, Wochenscheine des freigegebenen Wert 20 Pfg., jedes weitere Wert 25 Pfg. Leasingaufschlag 50 Prozent und Veranlassungsgeldern (III) bei Bestellung sind. Jederzeit für den bestmöglichen Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition abgegeben sein. Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 Kreisverleger: Kurt Norden 2806

Freiheit

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Das Spiel mit dem Frieden.

Der Vierzerrat und die deutschen Gegenentwürfe.

Paris, 31. Mai.
In dem von Foch veröffentlichten diplomatischen Situationsbericht heißt es:

Das Sekretariat der Konferenz bearbeitete Freitag die Überlegung der Gegenentwürfe, die vier Regierungskreise begannen nachmittags mit der Einbringung der Gegenentwürfe und des Beschlusses. Es wäre möglich, daß die Alliierten sich zur Veröffentlichung der sehr interessanten Dokumente entschließen. Was die Antwort betrifft, so ist man in französischen diplomatischen und politischen Kreisen einstimmig der Meinung, daß die meisten Entwürfe schon in den Sondernotizen, die von den Alliierten beantwortet worden sind, erhoben seien. Der Gesichtspunkt der Alliierten ist der deutschen Regierung bekannt und kann nicht geändert werden. Es liegt keine Verantwortung vor, mißliebige Verhandlungen einzuleiten, wenn die Regierung in Berlin drängen möchte. Die territorialen Bedingungen können weder für das Saarland noch für Oberschlesien geändert werden. Die vier Regierungskreise scheinen aber diesen Gesichtspunkt einzig zu sein. Man darf daher gewissen Informationen aus amerikanischen Quellen keinen Glauben schenken, denen zufolge die alliierten und assoziierten Regierungen bereit wären, wichtige Konzessionen Deutschland zu machen, besonders bezüglich Oberschlesien und der unvorzähligen Zulassung Deutschlands zum Völkerbund. Diese Informationen beruhen nur die persönliche Meinung ihrer Verfasser auf, sie sind nicht der Ausdruck der Meinung der Regierungen oder autorisierter Persönlichkeiten. Endlich bleibt zu wissen übrig, ob Deutschland unterzeichnet oder nicht. Neutralen Persönlichkeiten zufolge, die kürzlich nach Deutschland gekommen sind, will das deutsche Volk um jeden Preis Frieden haben. Die Regierung verlangt nichts anderes, als zur Unterzeichnung gezwungen zu werden, wobei zugunsten der Seite gewünscht werden soll, denn die kommunistischen Elemente gewinnen an Boden und die Regierung befürchtet Wut. Da die Frist für die deutsche Delegation zur Unterzeichnung von Bemerkungen an die Konferenz seit 15 Stunden abgelaufen ist, haben die Alliierten mitgeteilt, daß sie keine neuen Noten mehr entgegenzunehmen werden.

Die Beratung der Gegenentwürfe.

Verailles, 31. Mai.
Die 'Paris Press' und 'Matin' mitteilen, aus eigenen Abschnitten des Gegenentwurfs bereits an die zukünftigen Ausschüsse verwiesen. Die Presse rechnet damit, daß die Antwort überraschend, wahrscheinlich Mitte nächster Woche, erfolgen werde.

Ein Manifest der französischen Sozialisten.

Eigener Drahtbericht der 'Freiheit'.
Verailles, 31. Mai.
Die sozialistische Kammerfraktion beschloß heute die Veröffentlichung eines Manifestes an die Arbeiter der Erde, das ein ökonomisches, politisches und Steuerprogramm enthält. Ist die wichtigste über den Bedenkenpunkt. Das Manifest schließt damit, daß nur der Sozialismus befähigt ist, der Welt Gewerkschaft, Freiheit und Frieden zu geben.

„Der Volk“ zu den Gegenentwürfen.

Berlin, 31. Mai.
In den deutschen Gegenentwürfen in Versailles führt das holländische Sozialistenblatt 'Der Volk' aus, die Tendenz und der Inhalt der deutschen Gegenentwürfe stimmt ganz mit der Kritik überein, die von der Arbeiterpresse in den Entente-Ländern und in den neutralen Staaten am Pariser Entwurf geübt worden sei. Die internationale sozialistische Arbeiterbewegung würde eine Ablehnung der deutschen Gegenentwürfe als einen letzten übergeordneten Versuch betrachten, daß die Staats-oberhäupter Westeuropas und Nordamerikas sich ausschließlich von Gefühlen leiten lassen, die den Weltfrieden größeren Gefahren aussetzen denn je zuvor. Die Ablehnung der deutschen Entwürfe würde deshalb die Opposition gegen die Regierungen und das herrschende Wirtschaftssystem im Gefolge der Forderungen zu erwartenden Weltrevolutionen, die allein die Möglichkeit vor einem neuen Weltkrieg retten könnte, neue Kraft

geben. Mit der Ablehnung der Gegenentwürfe broche eine neue Periode an, von derselben Bedeutung wie die durch das österreichische Ultimatum an Serbien eröffnete. Das Blatt begrüßt die Nachricht über eine bevorstehende Zusammenkunft der französischen und englischen Gewerkschaften gegen eine Intervention in Russland mit großer Freude als eine Erscheinung, die in der ganzen sozialistischen Arbeiterwelt als Beginn großer Dinge angesehen werde.

Der große Unbekannte.

Ausländische Mitteilungen über Vogel's Flucht.

Wolffs Bureau berichtet: In der Nachtangabe der Oberleitungsstelle Vogel ist, wie von maßgebender Seite mitgeteilt wird, bis jetzt folgendes festgestellt worden:

Am 21. Januar d. J. wurde in der Waffenkammerkommission für einen als Kurier reisenden Kurt Selten ein sogenannter Drei-Sprachen-Kundenschein ausgestellt. Dieser trägt keine Photographie und berechtigt lediglich zur Einreise nach Syon. Mit dies in Holland und einem vom Kaiserlichen Konsul in Rotterdam am 11. Mai 1919 nach Deutschland und Holland ausgestellten Passierschein am 11. Mai in der Postkammer des holländischen Konsulats in Amsterdam, der ausdrücklich im Auftrage der Wache um Auslieferung eines Rückreisepasses vermerkt nach den Niederlanden für den Beauftragten der Wache Herrn Kurt Selten hat. Der Pass war vorübergehend mit Vermerkbescheinigung und mit einer Photographie des Besitzers mit eigenhändiger Unterschrift versehen; Die Photographie wurde der Photographie beige, daß der Photographie tatsächlich die durch die Photographie hergestellte Person sei und die Unterschrift eigenhändig verfaßt worden. Ferner war die Photographie nicht vermerklich abgeheftet. Auf Grund der vorliegenden Dokumente wurde dem Nebenzeuger der Vermerk zur Erlaubnis der Ein- und Ausreise gegeben. Der holländische Schutzmacht, ohne den die Einreise nach Holland unmöglich ist, erfolgte durch das holländische Generalkonsulat, ohne eine Bitte oder Empfehlung einer deutschen Behörde. Es ist festzustellen, daß das Passierscheinbuch weder auf Selten noch auf Vogel je einen Pass ausgestellt hat. Durch die sehr geschickte und geschickte Fälschung hat sich also sowohl der Beamte des holländischen Konsulats als das holländische Generalkonsulat täuschen lassen.

Wenn in der Presse gegen die Fälscher des holländischen Passierscheinbuches erhoben werden ist, daß sie die Identität des auf dem Bureau erschienenen mit der auf der Photographie dargestellten Persönlichkeit nicht nachgeprüft habe, so ist das durchaus unbegründet. Die Prüfung ist allein Sache der Passierscheinbehörde und hätte nach den Angaben des geschickten Fälschers bereits stattgefunden. Die Persönlichkeit, die auf der Fälschung des holländischen Passierscheinbuches erschien, hatte gar nicht bekannt, Passierscheinbuch zu sein. Daß auf der Fälschung das verlässliche Erscheinen des Selten nicht verlangt worden ist, entspricht den in solchen Fällen jetzt gültigen Vorschriften. Der Bericht des deutschen Gesandten in Haag, der eingereicht worden ist, besagt, daß die Nachrichten über den Aufenthalt Vogel's unter dem Schutze oder bei der Gefandtschaft frei erfunden sind. Inzwischen seien die Nachforschungen in Holland weiter. Sobald genügend Unterlagen vorhanden sind, wird das Auslieferungsbüro fordern bei der holländischen Regierung beantragt werden. Wegen Fälschung des Passierscheinbuches gegen Unbekannt erfaßt und bei dem Abflug nach anhängig gemacht werden. Auch darüber sind die Nachforschungen im Gange, wie die Papiere des Selten an Vogel gekommen sind.

Die holländische Presse zur Flucht Vogel's.

Brissotelogramm der 'Freiheit'.

Amsterdam, 31. Mai.
Das 'Handelsblad' teilt bezüglich der Flucht des Oberleitenden Vogel und des Dementis des Wolffschen Telegrammbüros mit, daß das Kriegsministerium den Pass wohl kaum ausgestellt habe, wohl aber der Berliner Generalstab, der zum Zwecke der Spionage alles technische Material zur Verfügung habe und deutsche Passiere nicht erst überprüfen lassen braucht. Der Berliner Kartellvizepräsident des 'Telegraaf' versichert, daß im Komplott Vogel eine Person prominent sei, deren Nennung besonders in Holland peinliches Aufsehen erregen würde und das Verlangen nach Klärung durch deutsche Autoritäten begründet mache.

Sie weisse Garde vor die Front!

Die Reichsregierung hat am Freitag die Parole ausgegeben, daß jetzt an Verhandlungen, nicht an Kampf, gedacht werden müßte. Einen Tag darauf haben die Weissen Garde eine Gegenparole ausgegeben. Am Sonnabend, den 31. Mai, versammelten sich in Berlin Vertreter der gesamten deutschen Reichswehr, der Reichswehrtruppen des Ostlandes, von Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden und Preußen, um zu dem von der Entente vorletzten Friedensentwurf Stellung zu nehmen. Man erkennt daraus, daß die deutschen Militärs schnell umgelern haben. Bisher wurde von ihnen der Grundlab vertreten, daß die Soldaten nichts mit Politik zu tun haben sollten. In Wirklichkeit war ja von jeder der deutsche Militarismus ein politisches Werkzeug in der Hand der herrschenden Gewalten unter der Führung der politischen Befehlshaber verstanden worden. Das Streben, den im Kabinett im Reichstag erzeugten 'Meinungen' nicht in Verbindung mit Auffassung kommen zu lassen, die der Macht des alten Reiches und der Einfluss des Militärs gefährlich werden konnten. Der Krieg hat die Dinge gewandelt; es waren nicht mehr junge Leute, die von politischen Ideen zum Kampf lozten. Die in den letzten Jahren gewachsenen, sondern zum Vorkommen, weil der militärische Erfolg aus den Freieren, die politische Erfahrung mitbrachten und sich ein eigenes Urteil bilden konnten. Als die Weissen Garde gebildet wurden, forderte man wieder den Ruf hören: Keine Politik beim Militär, sondern nur bedingungslose Unterordnung der Regierung Ober-Scheidemann. Aber auch das war Sumbua. Die Wirklichkeit treiben auch die Führer der Reichswehrtruppen Politik; sie wissen ganz genau, daß sie nicht für Ober-Scheidemann arbeiten, sondern für die von ihnen herbeigeführte offene Gegenrevolution.

Wäre es wahr, daß die Reichswehr nur die Regierung Ober-Scheidemann unterstützen wolle, so hätte sie sich nicht mit dem Friedensentwurf beschäftigt dürfen, sondern getreulich abwarten müssen, was in den obersten Kreisen des Reiches beschlossen werden würde. Aber die Militärs befürchten, daß die Entwicklung nicht nach ihren Wünschen verlaufen könnte, insbesondere hat ihnen die Forderung der Entente einen heillosen Schrecken eingeatmet, daß die deutsche Seereschiffe nicht mehr als 100 000 Mann betragen solle. Und das hat sie auf den Plan gerufen. Im inneren Gemeinwesen mit dem konservativen Politiker Professor Koch hat hat ihnen der Reichsminister Heilmann am Sonnabend vor Augen geführt, welche Gefahr ihnen drohe, wenn der Entwurf angenommen werden sollte. Er lenkte den Vertretern der Reichswehr eine Resolution vor, in der die Bekämpfung von Deutschland alleiniger Schuld am Krone als ein geschickter erfundenes und propagiertes Märchen bezeichnet wird; in der weiter ausführt, daß Deutschland nur einen Verteidigungsbedarf erfüllt habe und jetzt einen Frieden der Gerechtigkeit erwarte. Die Resolution lautet folgendermaßen:

Alle die wir brauchen getroffen und gelitten haben, führen uns dem Andenken unserer Väter und Vorfahren, dem Andenken unserer zwei Millionen gefallenen Kameraden schuldig zu verpflichten, daß nur durch schmerzlichen Vertragsbruch dennoch unser Vaterland der Vernichtung anheimfällt, gegen die wir 4 1/2 Jahre angelämpft haben. Am härtesten findet die Entente die Bedingungen, die uns reindeutschen Heimatboden entreißen wollen. Die ehemaligen Angehörigen der Schutztruppe protestieren entschieden gegen den beabsichtigten Kauf unserer Kolonien. Die wir Deutsche in langen Jahren in der Friedensarbeit zu Wohlstand geführt und im Reich Schulter an Schulter mit den und eng verknüpften Eingeborenen verteidigt haben. Die aus dem alten Reich neuerrichtete Reichswehr erhebt seinen Widerstand dagegen, daß sie bis auf einen kleinen Teil aufgelöst werden soll, zu einem Zeitpunkt, in dem im Innern und dem Osten noch schwere Gefahren die Sicherheit des Vaterlandes bedrohen. Kein deutscher Soldat kann es mit seiner Wehr vereinbaren, anzukommen, daß seine alten Führer dem Feinde ausgeliefert und von ihm abgeurteilt werden. Sie sind Deutsche wie wir und haben ihr bestes hingesetzt, im schließlichen Wille, ihrem Volk und dem Vaterlande zu dienen. Die Reichswehr bezieht sich darauf, daß die Regierung keinen Frieden unterzeichnet wird, der Deutschland die wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeit nimmt, deutsche Volksgenossen von der

Wann kommt und die Stärke des deutschen Volkes in den Stand zieht

Das ist eine offene Drohung mit dem Widerstand der Weissen Garde, wenn die Regierung einen Frieden abschließen wolle, der nicht ihren Wünschen entspricht. Die Reichswehr steht auf, die Weisse Garde wird vor die Front gerufen. Und indem von der Versammlung beschlossen wurde, diese Resolution Herrn Kosske überreichen zu lassen, hat sie zu erkennen gegeben, wenn sie zu ihrem Kaiser auszurufen gedenkt.

Freilich, in der Öffentlichkeit hütet man sich vorläufig noch, offen zum neuen Kriege aufzurufen, vorläufig will man mit verdeckten Drohungen und Protesten zu wirken versuchen. Dagegen wird insgeheim um so eifriger an der Vorbereitung des neuen Krieges gearbeitet. Vor uns liegt folgende Verfügung:

9. Infanterie-Brigade, Abschnitt Jüllichau, Nr. 100. Verfalltag, Verfalltag! Jüllichau, den 26. 5. 19.

Die Oberste Heeresleitung will ein Neres Bild gewinnen, wie die Beurteilung zu einer etwaigen Wiederaufnahme des Krieges steht.

Um zu erfahren, wie die Stimmung im Bereich des Abschnitts Jüllichau ist, wende ich mich unter anderen namhaften Persönlichkeiten an Sie mit der Bitte, den anliegenden Fragebogen ausgefüllt mir baldigst unter Benutzung des anliegenden Briefumschlages zurückzusenden.

Dürrich, Generalmajor und Kommandeur der 9. Infanterie-Brigade.

- Fragebogen. 1. Ist die Bevölkerung in überwiegender Zahl für Wiederaufnahme des Krieges oder nicht? 2. Wenn die Frage 1 bejaht wird, ist die Bevölkerung dann nur zur Verteidigung bzw. Wiedernahme ihrer engeren Heimat oder auch zu weitergehenden Kämpfen bereit, selbst wenn sie außerhalb Deutschlands, z. B. in Polen oder Rußland geföhrt werden müßten? 3. Hat die Einberufung zu den Truppen Rücksicht auf Erfolge? 4. Kann mit einem großen Zutrom von Freiwilligen gerechnet werden? 5. Ist die Bevölkerung bereit und entschlossen, gegenüber persönlchem, wirtschaftlichem und politischem Druck, den eine feindselige Besetzung des Landes mit sich bringt, Standhaft zu bleiben? 6. Sind bei Wiederaufnahme des Kampfes innere Kämpfe zu befürchten, und in welchem Umfang?

Bedarf es noch eines neuen Beweises dafür, daß nicht nur in Graudenz, in Bromberg und in anderen entlegenen Orten zum Kampfe mit den Waffen aufgerufen wird, sondern daß die höchsten Stellen des Reichs mit dem Gedanken eines neuen Krieges nicht nur spielen, sondern alle Vorbereitungen für die Wiederaufnahme des Krieges treffen? Und inzwischen wird fieberhaft an der Verstärkung des neuen Heeres gearbeitet, unablässig wird geworben, werden neue Truppenteile aufgestellt, wird Munition und Heeresgerät angefertigt. Die Werbungen beschränken sich aber nicht nur auf Deutschland, sie greifen auch auf Oesterreich über. Wie die „Neue Berliner Zeitung“ am Sonnabend berichtet, veröffentlicht das Wiener sozialistische Organ „Der Abend“ Mitteilungen über die Tätigkeit deutscher Werber in Oesterreich. Ein Werberbureau in Wien verteilt an die Angeworbenen „Zehn Gebote für Deutsch-Oesterreicher“, von denen die ersten fünf so lauten: Du bist als deutscher Heimkehrer weg, um die Wohlstandskrisen zu übergehen. Deshalb mußt du dich auf der Fahrt auch so verhalten. 2. In Passau wirst du durch Herrn Leutnant Gröger in Empfang genommen, der die Vermittlungsstelle leitet. 3. In Passau erhält jeder Mann seine Gebühre und Verpflegung. 4. Davonschwänbeln von der Fahrt wird gerichtlich verfolgt und un-Vermerkt bestraft. 5. Du bist nach Zücherberg zum Freikorps v. Weidmann. Und hast dich dorthin zu messen.

Vor einigen Tagen wurde offiziell mitgeteilt, daß auf Wunsch der österreichischen Regierung die deutsche Regierung die Werbetätigkeit in Oesterreich eingestellt habe. Durch die Mitteilung des Wiener Blattes erfährt man jetzt den Zusammenhang. Mit Lug und Trug wird nicht nur in Deutschland gearbeitet, um unerföhrene Baracken zum Heeresdienst zu pressen, man überschreitet die Landesgrenze und versucht auch nichtdeutsche Bevölkerungskreise mit dem Geist des neuerwachten deutschen Militarismus zu erfüllen.

Die weisse Garde tritt vor die Front! Sie ist des Wartens müde. Es drängt sie zur Betätigung im Innern wie nach außen. Die Arbeiterschaft wird mit immer neuen Gewaltmaßnahmen gereizt, den „Feinden“ streckt man die geballte Faust entgegen. Aber die Militärs und ihre rechtssozialistischen Helfer sollen sich nicht täuschen. Die „Feinde“ lachen über die drohenden Besten. Sie sind ihnen höchst als ein willkommenes Anlat, um die Notwendigkeit eines Gewaltfriedens gegen Deutschland von neuem zu begründen. Und die Arbeiterschaft wird sich weder in einen neuen Krieg gegen die Weissen Garde treiben lassen. Das Proletariat weiß, daß seine Stunde kommen wird, die Stunde, in der die Gewaltherrschaft der weissen Garde wie ein Spuk erscheinen wird.

Wie die Regierung die Verschlebung der Vermögen ins Ausland fördert.

Seit den ersten Tagen der Revolution hat die U.S.R.D., und ganz besonders der Finanzminister Simon, mit aller Kraft darauf hingewirkt, daß energig jeder Verschlebung der Vermögen ins Ausland vorgebeugt werden solle, und daß vor allem sofort eine genaue Vermögensaufnahme festzustellen habe. Doch war alles Bemühen an der Goldstarrigkeit der Rechtssozialisten gescheitert. Endlich, als es bereits dreiwertel zu spät war, als bereits ungezählte Milliarden im Ausland in Sicherheit gebracht waren, schwenkte die Regierung die allgemeine Auffstellung der Vermögensverzeichnisse an. Doch war ihr wohl inzwischen vor ihrer elaeenen Katastrophe bangt geworden und so verhoffte sie den Termin immer wieder von neuem von Monat zu Monat. Jetzt, am 31. Mai, sollte nun endgültig die Frist zu Ende gehen. Da erklärt, wie das „Berliner

Tageblatt“ berichtet, kurz vor Trossschluß der Reichsfinanzminister folgende Bekanntmachung:

„Die Frist für die Auffstellung der Vermögensverzeichnisse gemäß der Verordnung vom 13. Januar 1919 kann allgemein bis zum 30. Juli 1919 verlängert werden. . . Bei den Wertpapieren einschließlich der Schuldbausforderungen wird auf die Einschätzung der Kurs- (Stener-) Werte und Gesamtwerte, also auf die Ausfüllung der Spalten „Kurswert“ und „Gesamtwert“, verzichtet.“

Es ist das reinste Tadelnspielerskunststück, während bisher als einziger Grund für die Verzögerung immer wieder angegeben worden war, daß die Kurse noch nicht endgültig festgestellt seien, verzichtet man jetzt überhaupt vollständig auf jede Kursangabe. Natürlich wird nun eine Begründung überhaupt nicht mehr gegeben.

Selbst das „Berl. Tageblatt“ findet diese erneute Hinausschiebung „bemerkenswert“. Wir finden sie durchaus den Verhältnissen entsprechend. Sie entspringt ganz der von Herrn Schiffer hochgehaltenen und von Herrn Dernburg fortgeführten Tradition, dem noleidenden Kapital die Möglichkeit zu geben, sich nach dem Auslande in Sicherheit zu bringen und der Arbeiterklasse die Ruinen der Volkswirtschaft zu hinterlassen.

Die deutsche Truppenmasterade in Lettland.

Der Reichsminister Erzberger hat bereits einige Male der Welt verkündet, daß die deutsche Regierung ihre gesamten Streitkräfte aus Lettland und Litauen zurückziehen werde. Die Entente dagegen besteht darauf, daß alle Deutschen Streitkräfte bis auf weiteres in Lettland belassen und der Räumungstermin von den Vertretern der Alliierten bestimmt werden müsse. Ein jeder, der mit den örtlichen Verhältnissen vertraut ist, muß sich unwillkürlich fragen: „Wozu dieses diplomatische Versteckspiel?“ Denn was sich in Wirklichkeit in Lettland abspielt, kann sowohl die „sozialistischen“ Imperialisten Deutschlands, als auch die Imperialisten der Alliierten befriedigen.

Sowohl die Entente, als auch die deutsche Regierung haben anscheinend in Lettland das eine Interesse: starke, bewaffnete Streitkräfte im Lande zu erhalten. Die Proteste Erzbergers sind nicht im geringsten ernst zu nehmen, denn in Wirklichkeit entspricht es durchaus den Wünschen der alldeutschen Geheimräte in der Wilhelmstraße und der ihnen verbündeten baltischen Junker in Lettland, daß deutsche Soldaten — offen oder als „lettische Truppen“ verkleidet — den Zielen der ergreaktionären deutsch-baltischen Großgrundbesitzer dienstbar gemacht werden. Diese Ziele gehen jetzt in erster Linie darauf hinaus, mit Hilfe einer lettlandischen Eoblenregierung deutsche Kolonisationspläne in Lettland durchzuführen. Ohne deutsche Truppen kann das aber nicht gelingen. Die Streitkräfte an der ripaischen Front haben seit März immer an drei Vierteln aus reichsdeutschen Truppen bestanden und Garmsworth war kleinbar falsch informiert, als er im Unterhause behauptete, daß Riga von der baltischen Landeswehr eingenommen und jetzt besetzt wäre. Der Hinweis auf die baltische Landeswehr ist eine Täuschung, die durch eine geschickt inszenierte Wasserwade erstellt worden ist. Anfanas bestand diese „Landeswehr“ allerdings aus deutschbaltischen Junkerföhnen, Korpsstudenten usw. In allerletzter Zeit wird aber daran gearbeitet, die baltische Landeswehr mit den deutschen Freiwilligenverbänden zu verdameln, wobei in den amtlichen Berichten die vereinigten Truppenteile als baltische oder kurländische Truppen figurieren. Damit können die Imperialisten beider Lager augenblicklich zufrieden sein. Das Prestige beider ist noch außen anwohrt. Deshalb ist auch anzunehmen, daß die jüngste Forderung der baltischen Barone in Lettland: „Deutsche Freiwillige, treten in die baltische Landeswehr ein!“ von den „mahaebenden Stellen“ unterstützt wird. Diese Aufforderung deutscher Soldaten zur Fahnenflucht geschieht nicht im geheimen, sondern in großen Versammlungen. Tausende deutscher Soldaten sind dieser Aufforderung erfolgt, sind aus den Freiwilligenverbänden ausgeschieden und in die baltische Landeswehr eingetreten, so daß bald in Kurland nur „örtliche“ Truppenteile stehen werden, die von der deutschen Regierung nicht mehr zurückgezogen zu werden brauchen.

Daß diese Masterade in großem Umfang vor sich geht, wird aus der folgenden Mitteilung eines deutschen Freiwilligen, die uns aus Mitau zutragen ist, in allen Einzelheiten bestätigt:

„Am 15. Mai d. J. heißt es in diesem Schreiben, wurden mir deutsche Soldaten in Mitau aufgeföhrt, und zu einer Versammlung eingeladen. In dieser Versammlung hielt der aus Mitau eingetroffene Offizier der baltischen Landeswehr Baron von Mantuffel eine feurige Rede und forderte uns reichsdeutsche Soldaten auf, nicht nach Deutschland zurückzukehren, sondern in die baltische Landeswehr einzutreten und später als Kolonisten in Lettland zu bleiben. Baron von Mantuffel verlas auch ein Schreiben des Ministerpräsidenten Reedra, in dem das Versprechen von Mantuffels gewissenhaft bestätigt wurde. Um die Versammelten noch mehr für das Verbleiben in Lettland zu begeistern, wurden Auszüge aus verschiedenen Verordnungen der Regierung vorgelesen, in denen deutlich ausgesprochen war, daß die Regierung mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln die Kolonisierung unterstützen werde. Herr von Mantuffel hob mehrere Male in seiner Rede hervor, daß er seine Wüter unter die reichsdeutschen Soldaten verteilen werde, sie müßten nur übererföhrt dafür sorgen, daß die Letten vertilgt würden. Diese wären seine Feinde gewesen, mit denen er sein Lebenlang zu kämpfen gehabt hätte.“

Die Wirkung dieser Rede — heißt es in dem Bericht weiter — so unerwartet groß gewesen, denn in den nächsten Tagen hätten sich etwa 6000 Mann in das erste kurländische Schützenregiment eingeschrieben. Nur über eine Frage herrsche unter den deutschen Soldaten Unklarheit: ob sie das Recht hätten, ohne weiteres aus dem deutschen Heeresverbande auszuscheiden und zur baltischen Landeswehr überzugehen? Einige zweifeln auch daran, ob die Barone ihnen wirklich ihre Sabfundien abtreten würden.

Die Bogromode des Herrn von Mantuffel ist einige Tage vor dem Angriff auf Riga gehalten worden. Wir zweifeln nicht daran, daß sie auch noch dieser Richtung hin „Erfolge“ gehabt hat, ja, daß sie in erster

Linie von Erhöhungen rein „strategischen“ Charakteres diktiert war. Nicht umsonst wurden bei dem Vorgehen gegen Riga die lettischen Truppenverbände im Hintergrunde gehalten — es kam den leitenden deutschen Militärs darauf an, sich Riga zu bemächtigen, um einen festen Stützpunkt in militärischer wie in politischer Hinsicht in die Hand zu bekommen. Vorläufig ist die Fähigkeit der „Befreier“ noch in geheimnisvolles Dunkel gehüllt und der Verkehr mit Riga „unbefugten streng verboten“. Bekannt ist lediglich, daß infolge des Auftretens der deutschen Militärs und ihrer als „Letten“ verkleideten Soldatenkorps eine ungeheure Erregung unter der lettischen Bevölkerung und der lettischen Truppen Platz gegriffen hat. Ganze Truppenteile, die sich der in Riga neu gebildeten legaten lettischen Regierung zur Verfügung gestellt hatten, sind zu den Volksarmeen übergegangen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß auch die gesamte lettische Bevölkerung, vor allem die Bauernschaft gegen die Neuaufrichtung der deutschen Militärbefehlshaber Front machen und sich wie ein Mann gegen die in ihrem Gefolge auftretende deutsch-baltische Junker diktatur erheben wird.

Dieser Prozeß wird von den mit Blindheit geklagten deutschen Behörden in Lettland mit allen Mitteln gefördert. In allen Landgemeinden haben deutsche Kommandanten Verordnungen erlassen, worin bei strenger Strafe den Gemeindevorständen verboten wird, die Aufstellung der Kronsgüter unter lettischen Händen fortzusetzen, da „eine neue Verfügung der Regierung (welcher?) zu erwarten ist“. Ganze Landstriche bleiben auf diese Weise in diesem Jahr wieder unbestellt. Das lettische Volk wird durch diese Ausficht, wie durch die intensiv betriebenen deutschen Kolonisationsarbeiten direkt zur Verzweiflung getrieben. Die unausschließliche Folge wird der blutige Bürgerkrieg, der Kampf bis aufs Messer gegen das Deutsche sein, das wiederum darunter leiden wird, daß sich eine Clique machtgieriger, eigennützigter Junker des militärischen und politischen Apparates des Deutschen Reiches bedient, um ihren Willen der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung aufzuzwingen.

Gibt sich die Regierung Scheidemann davon Rechenschaft, welch blutige Saat sie auch in Lettland ausstreut?

Der rechtssozialistische Parteivorstand veröffentlicht im „Vorwärts“ folgende Erklärung:

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat sich in seiner Sitzung vom 30. Mai 1919 mit den Veröffentlichungen des Vorstandes der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Lettlands und des Genossen P. Seja, des lettischen Vertreters auf den Konferenzen in Bern und Amsterdam befaßt. Der Parteivorstand beschloß, die Regierung um eine schnelle Klärung der in dem Schreiben der lettischen Partei aufgestellten Behauptungen zu ersuchen und bringend zu fordern, daß schon vor Beendigung dieser Untersuchung die Mitglieder des Volksrates, d. h. der lettischen Regierung entlastet werden, falls das inwärtigen noch nicht geschehen sein sollte. Unter den Verhafteten befinden sich auch die lettischen Genossen Wulshew, Wember und Audemis. Der Parteivorstand hat weiter die Abberufung des verantwortlichen Chefs des dortigen Militärkommandos, des Grafen von der Goltz, sowie all der Offiziere verlangt, die sich nachgewiesenermaßen Uebergriffe gegenüber der rechtmäßigen lettischen Regierung zuschulden kommen ließen. Endlich fordert der Parteivorstand, daß jede Verbindung — der im Baltikum bestehenden deutschen Truppen mit der baltischen Landeswehr dem Organ der reaktionären Clique Lettlands sofort und in jeder Beziehung gelöst wird. Der Parteivorstand erwartet, daß die deutsche Regierung der Entente gegenüber nachdrücklich darauf besteht, daß die deutschen Truppen aus den zu dem früheren russischen Reich gehörigen Gebieten zurückgezogen werden.

Der Parteivorstand, der bereits am 14. Mai dem Internationalen Sozialistischen Bureau in Amsterdam seine Auffassung über diese Vorgänge dargelegt hatte, hat sich jetzt erneut dorthin gewandt und daselbst ersucht, bei den Ententeeregierungen darauf hinzuwirken, daß diese ihren Widerstand gegen die Zurückziehung der deutschen Truppen aus dem Baltikum aufgeben.

Den lettischen Genossen gegenüber die nach einem teilweise in Nr. 264 der „Freiheit“ veröffentlichten Rufus an das deutsche Proletariat behauptet haben, daß alle von den Vertretern unserer Partei auf den Konferenzen in Bern und Amsterdam abgelegenen Erklärungen un wahr und bewiesene Lüge sind“, stellt der Parteivorstand fest, daß die am 30. April 1919 in Amsterdam dem Genossen P. Seja durch die Genossen Müller und Wels gegebene Erklärung (siehe „Vorwärts“ vom 4. Mai 1919) noch wie vor ihr Recht besteht. Wenn trotzdem gegen die Genossen Müller und Wels von lettischer Seite öffentlich der Vorwurf verbreitet wird, daß sie bewiesene Lügen verbreitet und das Vertrauen der Internationalen gewissenlos mißbraucht hätten, so verbitten sich diese in aller Freundschaft solche unerschämten Redensarten.

Die Kundgebung des rechtssozialistischen Parteivorstandes ist so recht bezeichnend für die politische Carosse dieser werten Körperschaft. Angesichts des erdrückenden Aufklagematerials, das von unseren lettischen Genossen gegen die deutsche Regierung und ihre amtlichen Organe in Lettland erbracht worden ist, sieht sich der Parteivorstand endlich genötigt, die Abberufung des Grafen von der Goltz und die sofortige Rücknahme der deutschen Truppen aus diesem Gebiete zu fordern. Er bricht aber zugleich diesen Forderungen die Spitze ab, indem er den Schwerpunkt der Angelegenheit verschiebt und die Verantwortung für das Verbleiben der deutschen Truppen den Ententeeregierungen zuweist. Entweder ist der Parteivorstand politisch so naiv, daß er das abgekartete Spiel zwischen den deutschen Militaristen und den Imperialisten der Entente, für das wir in dem obenstehenden Artikel neues Beweismaterial erbracht haben, nicht sieht, oder er stellt sich nur dumm, um auf diese Weise das Spiel der deutschen Militaristen nicht stören zu müssen.

Besonders charakteristisch erscheint die Entrüstung, die der Parteivorstand gegenüber den Anklagen des Zentralkomitees der lettischen Sozialdemokratie nimmt. Auch Genosse Seja, dessen Telegramm an Garmans der „Vorwärts“ am 30. Mai wiedergegeben wurde, erklärte klipp und klar, solange den Forderungen der lettischen Sozialdemokratie seitens Deutschlands nicht entsprochen werde, müßten die lettischen Genossen annehmen, daß „Müller und Wels das Vertrauen der Internationalen gewissenlos mißbraucht hätten“. Der „Vorwärts“ fand darauf kein Wort der Erwiderung. Aber gegen die ähnliche Anklage des lettischen Zentralkomitees, die wir am 27. Mai wiedergaben, fährt der Parteivorstand seine bekannte Entlastungsanone auf und erklärt frank und frei, daß auch heute die von Müller und Wels am 30. April d. J. in Amsterdam abgegebene Erklärung „zu Recht besteht“. Von dieser Erklärung ist durch den weiteren Gang der Ereignisse kein

Hehen mehr übrig geblieben. Auch der Blinde konnte erkennen, daß das platonische Liebesgeständnis der regierenden rechtssozialistischen Partei für das Selbstbestimmungsrecht des lettischen Volkes keinen Bitterling wert ist, da es mit der Haltung der deutschen Behörden in den- bar kroatischen Widerstand steht. Trotzdem findet der Parteivorstand auch jetzt noch den bemerkenswerten Mut, sich auf diese Erklärung zu berufen, und diejenigen der „Unverkümmtheit“ zu zeigen, die den rechtssozialistischen Scheitern die Maske vom Gesicht gerissen haben.

Wie die Deutsche Waffenstillstandskommission in Berlin mitteilt, haben die Alliierten in Spa am 30. Mai eine neue Note betreffend die deutschen Truppen in Ostland und Litauen überreicht, in der folgende Forderungen enthalten sind:

1. Die deutschen Streitkräfte sind in den baltischen Provinzen zu belassen. Es wird eine Linie festgelegt, bis zu der sie sich zurückziehen können.
2. General Graf von der Goltz kann in seinem Kommando unter folgenden Bedingungen belassen werden:

- a) Der General erhält deutscherseits Befehle, die zur Errichtung einer Koalitionsregierung geeignet sind. In ihr sollen sämtliche lettischen Parteien entsprechend ihrer Bedeutung vertreten sein.
- b) Rückgabe der Waffen an die lettischen Truppen.
- c) Ungehinderte Durchführung der Mobilisierung der lettischen Streitkräfte.
- d) Zusicherung völliger Freiheit für die neue lettische Regierung in ihren Amtshandlungen.

Für Annahme dieser Bedingungen wird ab 1. Juni eine Frist von 15 Tagen gestellt, nach welcher die Frage des weiteren Verbleibens des Generals von der Goltz geprüft wird.

Paul Dittmann †.

Besten erhalten wir die erschütternde Kunde, daß Genosse Paul Dittmann, der schwer an Tuberkulose erkrankt und seit Wochen im Krankenhaus war, sich wegen der Unheilbarkeit seines Leidens das Leben genommen hat. Auf telephonische Anfragen konnten wir bisher nur erfahren, daß Gen. Dittmann gestern das Krankenhaus verließ und seinem Leben durch eine Kugel ein Ende setzte.

Mit dem Gen. Dittmann verliert unsere Partei, verliert namentlich die Hamburger Parteigenossenschaft, einen ihrer tüchtigsten und charaktervollsten Führer, von dem man in der Zukunft noch viel Gutes erwarten dürfen. 1878 geboren, stand Gen. Dittmann in der vollsten Reife seiner Kraft, vermochte er erst jetzt, nachdem die Besten des Kriegsgeschehens gesehen, die in langjähriger praktischer Wirksamkeit gesammelten Erfahrungen und Kräfte zur Entfaltung zu bringen, — als plötzlich ein tödliches Geschick diesem Leben ein Ende setzte.

Ursprünglich stand Genosse Dittmann, der als gelernter Maschinenbauer in den großen Hamburger Werften tätig war, seit etwa zwei Jahrzehnten in den ersten Reihen der Hamburger Gewerkschaftsbewegung. Sowohl im Metallarbeiterverband wie bei allen Kämpfen der Werftarbeiter nahm er eine führende Stellung ein; er war lange Zeit im Vorstand des Verbandes und hatte die geistige Führung der gesamten Opposition in dem Deutschen Metallarbeiterverband. Namentlich in den letzten Tagungen des Verbandes in Breslau und Köln hatte er gemeinsam mit Dittmann die Führung in der Opposition. Dieses oppositionelle Auftreten sollte ihm zum Verhängnis werden. Nach dem Kölner Verbandstag 1917 wurde er denunziert und militärisch eingezogen, trotzdem er als Spezialarbeiter für den U-Boot-Bedarf reklamiert war. Die Einziehung wurde rückgängig gemacht, dann aber auf eine neue Denunziation hin laut Verfügung des Generalkommandos des 9. Armeekorps in Altona wieder verfügt. Genosse Dittmann wurde als Landsturmmann ausgebildet und an die Ostfront geschickt, wo er in Mindau und Lidau in Garnison stand. Dort hat er sich das Bein geholt, das jetzt seinen Tod herbeigeführt hat. Schon im verflochtenen Sommer hatte er schwere Lungenbluten und erkrankte dann an Lungen-tuberkulose, zu der noch in den letzten Wochen Schloß- und Darmtuberkulose hinzukam. Auch Genosse Dittmann kann so als Opfer des Krieges gelten, gegen den er mit aller Kraft angekämpft hatte.

In der Partei trat Gen. Dittmann in früheren Jahren weniger hervor, weil seine ganze Kraft durch seine Tätigkeit in der Gewerkschaftsbewegung in Anspruch genommen war. Erst im Kriege trat er auch aktiver in der Parteibewegung hervor. Er war einer der wenigen, die gleich bei Beginn des Krieges die Führe der Rebellion gegen die sozialpatriotische und nationalistische Politik der Parteileitung und namentlich des „Hamburger Echo“ erfaßte und die Opposition gegen die Parteidomäne sammelte. In der Gründungsversammlung unserer Partei im Jahre 1917 in Göttingen wurde er in den Vorstand gewählt und zum Vorsitzenden des Bezirks Wasserkanal bestimmt. Auch auf diesem Posten hat er seine ganze Kraft eingesetzt, um das, was er für richtig erkannte, in die Tat umzusetzen und der Partei, der er mit Leib und Seele angehörte, zum Siege zu führen.

Als in den Herbstmonaten des vorigen Jahres die revolutionäre Wärmengänge emfiel, war auch Genosse Dittmann auf dem Posten. Auf seine Veranlassung und unter seiner Leitung fand am 5. November im Hamburger Gewerkschaftshaus jene Riesensammlung statt, von der die Revolution in Hamburg ihren Ausgang nahm. Von dieser Versammlung, in der der Bruder des Verstorbenen, Genosse Wilhelm Dittmann, das Referat hielt, zogen Abteilungen bewaffneter Matrosen und Arbeiter zu den wichtigsten Regierungsgebäuden der Stadt, die noch in der Nacht besetzt wurden, und sicherten dadurch den glänzenden Erfolg der Revolution in Hamburg. Die Revolutionen der Stadt dem Gen. Dittmann eine Fülle neuer aufsteigender Kräfte und Pflichten, die seine erschütterte Gesundheit vollends zugrunde richteten. Gen. Dittmann hatte eine leitende Stellung im Hamburger Arbeiterrat inne und hielt vor allem die Verbindung zwischen Berlin und Hamburg aufrecht. Er wurde auch als Delegierter Hamburgs in den ersten Mittelkongress entsandt, der im Dezember in Berlin stattfand. Dann aber war es mit seiner Kraft zu Ende. Nach Hamburg zurückgekehrt, mußte er fast seine gesamte Tätigkeit einstellen, — zum großen Schaden der Hamburger Arbeiterbewegung, die in ihm einen der besten Köpfe und charaktervollsten Führer einbüßte.

Nach mit dem letzten Aufgebote der Kraft wies Gen. Dittmann bei dem Ausbruch unseres Hamburger Partikillates, der „Hamburger Kollegenzeitung“, an, das er geschäftlich konkludiert und dessen Verlog er bisher geleitet hat. Mit Gifer wohnerte er seiner Aufgabe seine letzte Kraft, denn nicht lag ihm so sehr an etwas als die Schaffung eines Organs, das dem Hamburger Arbeiter die Richtlinien einer selbstständigen Politik geben sollte. In ständ auf dem wissenschaftlichen Sozialismus und den Gesetzmäßigkeiten der deutschen Parteigeschichte, sich freizubewegen, die

Schwörungen nach rechts und nach links, die der proletarischen Bewegung in der Revolution so starke Wunden geschlagen haben.

Mit diesem Schmerz sehen wir diesen Mann aus unsern Reihen verschwinden. Das deutsche Proletariat, mit dem der Verstorbenen organisch verwachsen war, hätte seiner bedurft, namentlich in diesen schweren Monaten der Sammlung und des Aufbaues, in denen es um das Sein oder Nichtsein der proletarischen Revolution geht.

Wie Landauer ermordet wurde.

Von einer Genossin, die in den letzten Lebensjahren Gustav Landauer mit ihm zusammen bei der Witwe Kurt Eisners wohnte, werden uns die folgenden Mitteilungen gemacht, die zum erstenmal einig Licht auf die Beteiligung bzw. Nichtbeteiligung Landauers an der Münchener Mätereuerung werfen. Selbstverständlich kann es sich nicht darum handeln, Landauer von irgendeiner ihm vorgeworfenen „Schuld“ reinigen zu wollen. Es wird durch diese Mitteilungen nur nachgewiesen, daß, was jeder, der Landauer kannte, sich selber sagen konnte, die Weisgardisten in München, als sie Landauer erschossen, einen Menschen ermordet haben, dessen reiner Idealismus ihm jede auch nur im entferntesten verbrecherische Tat von vornherein unmöglich machte. Sie haben einen stillen Gelehrten und Menschenfreund aus seinem Studierzimmer geholt und ermordet. Das ist der Tatbestand.

In den Ausführungen der Genossin heißt es unter anderem: „Bei der Ausrufung der ersten Münchener Mäterepublik, die bekanntlich von Anhängern aller drei sozialistischen Parteien ausging, war auch Gustav Landauer beteiligt. Ihm wurde das Aufklärungs-kommissariat übertragen. Nach dem Putsch des bayerischen Leibregiments in der Nacht des 13. April, bei dem unter anderem Erich Mühsam und andere Mitglieder des Zentralrats verhaftet und nach Bamberg verschleppt wurden, hielt sich Landauer einige Tage auf dem Lande verborgen. Inzwischen hatten die Kommunisten den Putsch des 13. April benützt, um die Herrschaft in München an sich zu reißen. Sie lösten den vorhandenen Zentralrat auf und schloßen alle U.S.P.-Mitglieder von der Regierung aus bis auf ganz wenige, die dem revolutionären Arbeiterrat angehörten. Als Landauer sich ihnen für den Aufklärungsdiens zur Verfügung stellte, lehnten die Kommunisten seine Mitarbeit ab. Landauer nahm deshalb ganz legal in dem Hause Kurt Eisners in Groß-Habern Wohnung (er war dort politisch gemeldet) und widmete sich während der ganzen Zeit der kommunistischen Herrschaft schriftstellerischen Arbeiten.“

Als durch die Unzufriedenheit der Betriebsräte der kommunistische Vollzugsausschuß in der Nacht des 27. April genötigt wurde zurückzutreten, und ein aus den Betriebsräten heraus gewählter Vollzugsausschuß an seine Stelle trat, stellte Landauer sich nochmals zur Aufklärungsarbeit zur Verfügung. Der Vollzugsausschuß nahm sein Angebot an unter dem Vorbehalt, daß man ihn heranziehen wolle, sobald man seiner bedürfe. Landauer war, wie aus dem allen hervorgeht, bei den Kommunisten durchaus nicht beliebt. Eben deshalb nicht, weil er gegen jede gewaltsame und gewalttätige Politik und Politik sich auflehnte. Er wurde nicht zur Regierung zugezogen und blieb in Groß-Habern.

Als der Einzug der Weisgardisten drohte, wurde Landauer von Freunden die Weisgarde zur Flucht angeboten. Landauer aber gab sich in seinem Optimismus der Hoffnung hin, daß der Kampf der Weisgardisten im nächsten Falle den Führern der zweiten Mäterepublik gelten würde. Er blieb im Bewußtsein seines völlig reinen Gewissens, da er als Gegner jeder Gewalt den roten Terror ebenso stark wie den weißen bekämpfte hatte, ruhig dort wo er war. Als er verhaftet wurde (die Soldaten fanden ihn in der Bibliothek Eisners am Schretzberg), sagte er noch: „Es ist am besten so, nun muß ja meine Sache geklärt werden.“ Die aufgeregten Weisgardisten wollten ihn bereits am Schretzberg, nicht weit von Groß-Habern, erschießen. Ein Freund Eisners, der politisch ganz unbeteiligt war, wußte das zu verhindern, indem er die Soldaten darauf hinwies, daß Landauer während der ganzen zweiten Hälfte der Mäterepublik still und zurückgezogen in Groß-Habern gelebt habe. Auf diese Weise entging Landauer der zuerst geplanten Erschießung, die auch nichts anderes als eine Ermordung gewesen wäre. Er wurde nach Starnberg transportiert; hier erkrankten ihn Freunde in einem Auto voller Weisgardisten. Auf dem Wege von Starnberg nach dem Stadelheimer Lusthaus muß er dann erschossen oder erschlagen worden sein. Er ist in einem Massengrab in Stadelheim eingescharrt, ohne daß irgendeiner seiner Freunde und Bekannten ihn nochmal gesehen hat.

Als Grund für seine Erschießung wurde das eine Mal ein Fluchtversuch, das andere Mal eine aufreizende Rede angegeben, die er an seine Bewachung gerichtet haben soll. Schon diese abweichenden Darstellungen beweisen ja, daß man sich nachträglich einen Grund zurechtgelegt hat. Abgesehen davon weiß jeder, der Landauer persönlich kennt, daß sowohl das eine wie das andere bei seinem ruhigen, freundlichen, überlegten Wesen vollkommen ausgeschlossen war. Er ist ermordet, darin ist kein Zweifel. Aber die jetzige bayerische Regierung tut nichts, um dies Verbrechen aufzudecken.“

Lochpfeil an der Arbeit.

Das Gouvernment Berlin teilt mit, daß am Dienstag voriger Woche ein unbekannter elegant gekleideter Herr vor den Vertrauensleuten der Berliner militärischen Jahrbereitschaften erschienen sei und ihnen mitgeteilt habe, daß Mitte Mai im Reichswehrministerium eine Sitzung stattgefunden habe, in der beschlossen worden sei, sämtliche Hofbereitschaften in Berlin gewaltlos aufzulösen, weil die Mannschaften politisch unzuverlässig seien. Das Korps Bülow werde dann die gesamten Parks übernehmen. Gleichzeitig sei eine Offiziersverschwörung im Gange, die am 2. Juni loszulegen werde, um die Regierung zu stürzen und die Diktatur Lettow-Vorbed zu errichten. Die Anführer der Hofbereitschaften müßten diesen Vätern Gewalt entgegensetzen. Der Herr erklärte sich bereit, gegen eine Entschädigung von 20 000 Mark Wäme zu verabschieden, die eine wirksame Gegenwehr ermöglichen würde.

Die das Gouvernment weiter mitteilt, sollen die Jubelruf sofort gemacht haben, daß sie einen Lochpfeil vor sich hatten. Die Wäme deshalb dem Vollzugsrat Mitteilung gemacht, der

ihre Auffassung bestätigt und sie vor Dummheiten gewarnt habe. Das Gouvernment hofft, das Spießel habhaft zu werden. Es führt die Spießel auf den „völlig unbedingten Haß gegen die Angehörigen des Korps Bülow“ zurück und stellt ganz entschieden in Abrede, daß die fragliche Sitzung im Reichswehrministerium stattgefunden habe. Auch die Geschichte mit dem geplanten Sturz der Regierung und der Errichtung einer Diktatur Lettow-Vorbed sei völlig unrichtig.

Wir müssen gestehen, daß wir aus der Darstellung des Gouvernements nicht recht klar geworden sind. Der Lochpfeil, von dem das Gouvernment spricht, muß doch sicher aus dem ungeborenen Epikureertheater der Reichsregierung stammen, als ein Mann sein, der nicht gegen, sondern für die Regierung arbeitet. Wieso er dann dazu gekommen sein soll, den „unbedingten Haß“ gegen das Korps Bülow zu einem Putschpläne auszunützen, darüber muß das Gouvernment Berlin noch nähere Auskunft geben. Der Plan des Spießels war doch letzten Endes gegen die revolutionäre Arbeiterschaft gerichtet. Wir erwarten, daß die Interessenten dieses Putsches an Licht gezogen werden.

Im übrigen können wir der Arbeiterschaft nur noch einmal bringen raten, auf der Hut zu sein. Die Lochpfeile entstehen gegenwärtig eine so eifrige Tätigkeit, daß daraus nur der eine Schluß zu ziehen ist: Gewisse Stellen wollen einen Putsch, um die Gelegenheit zu einer neuen Revolution zu haben.

Die „Veranferung des Käsesystems.“

Berlin, 31. Mai.

Der Verfassungsausschuß der Nationalversammlung beschäftigt am Montag vormittag die Veranferung des Käsesystems in der Verfassung in Angriff zu nehmen und damit die erste Lesung zum Abschluß zu bringen. In Fraktions-sitzungen werden die Parteien sofort zu den Beschlüssen des Ausschusses in erster Lesung Stellung nehmen, sodas am Dienstag die zweite Lesung beginnen kann, die nach den bisherigen Dispositionen bis zum Donnerstag der kommenden Woche beendet sein soll.

Die „Preßfreiheit“.

Karl Schneiders „Flugblätter“, die der Herausgeber der „Tribüne“ nach deren Verbot ins Leben rief, sind beim Erscheinen der dritten Nummer „auf Grund des § 4b des Gesetzes über den Belagerungszustand“ verboten worden.

Die deutsche Regierung beschwert sich aber immer noch über die Unterdrückung der Preßfreiheit in den besetzten Gebieten!

Streik bei der Berliner O-Bahn.

Die Angestellten der Berliner O-Bahn haben am Sonnabend beschlossen, am Sonntag die Arbeit ruhen zu lassen, und zwar deshalb, weil die Gesellschaft die Löhne um 33% Prog. schlagen will. Der Gesellschaft ist das bereits am 21. Mai angekündigt worden, sie wollte aber nur noch für zwei Tage, für Sonntag und Montag, den alten Lohn weiterzahlen. Dieses Ansuchen haben die Angestellten abgelehnt.

Der sozialdemokratische Wahlsieg in Holland.

Aus Amsterdam wird uns geschrieben:

Die Gemeinderahlen, die erien unter dem allgemeinen Wahlrecht, haben für die Sozialdemokratie eine Reihe von glänzenden Siegen gebracht. Die Gesamtzahl der sozialistischen Gemeinderäte hat sich von ungefähr 800 auf weit über 1000 erhöht. Nur in Amsterdam haben die Wahlen unserer Partei nicht gebracht, was der Position der Sozialdemokratie im Lande entspricht; obwohl ihre Stimmenzahl sich auf das Dreifache erhöhte, hat sie nur 13 von 45 Sitzen bekommen; 7 Sitze sind ferner den Kommunisten zugefallen. In der Provinz haben die Kommunisten nur vereinzelt Mandate gewonnen, im ganzen ungefähr 30. In Rotterdam strebt unsere Partei mit 19 von 45 Sitzen nach der Mehrheit, ebenso auch in Harlem. In allen Städten und auch in zahlreichen Landgemeinden ziehen starke sozialistische Fraktionen in die Rathäuser ein. Sehr gut schneiden auch die Sozialdemokratie in katholischen Städten ab, zur größten Bestärkung der reaktionären Parteien. So hat in Nijmegen die katholische Partei nur noch 13 von 25 Mandaten. Unsere Stimmenzahl hat fast überall nicht nur die Einbuße bei den Provinzialwahlen vom Frühjahr wieder wettgemacht, doch ist es sogar über die Parlamentswahlen vom Vorjahr hinausgegangen. Die wilde reaktionäre Hege, die nach dem misslungenen Revolutionsversuch im November einsetzte, hat den wachsenden Einfluß der sozialistischen Parteien nicht aufzuhalten vermocht.

Aus der Partei.

Eine neue Zeitschrift für die Jugend.

Die sozialistische Jugend, die sich frei gemacht hat von den verkommenen Erbschaften der Nationalsozialisten, hat seit langem stürmisch ein aufstrebendes Jugendorgan verlangt. Die Parteigenossen haben sich auf dem Parteitag der U.S.P. zum Diktat dieser Wünsche gemacht und die Gründung einer Jugendzeitschrift beschlossen. Nach dem Parteitag ist von allen Seiten des Reiches aus jugendlichen Kreisen angefragt worden, weshalb dieses Blatt noch nicht erscheint. Nachdem alle Schwierigkeiten überwunden sind, wird es am 1. Juli zur Ausgabe gelangen. Genosse Engwert Graf, der nicht in engster Verbindung mit der Jugend lebt und wirkt, hat sich bereit erklärt, die Leitung unter selbständiger Mitarbeit der Jugend zu übernehmen.

Die Zeitschrift soll dazu dienen, die proletarisch kämpfende Jugend, die von revolutionärem Feuergeist erfüllt ist, über die Gebanwelt des Sozialismus zu unterrichten und auch die politischen und wirtschaftlichen Ereignisse der Gegenwart im In- und Ausland unter dem Gesichtspunkt des revolutionären Sozialismus zu werten. Nebenbei soll jedoch mit dieser Neugründung ein Teil in die freie Jugendbewegung hineingetragen werden. Einmal wird es als Aufgabe der proletarischen Jugend betrachtet sich in der autonomen „Freien Jugend“ zu organisieren und zu betätigen. Hierfür und für die Selbstständigkeit und einheitliche Geschlossenheit der Freien Jugendbewegung wird die neue Zeitschrift kein eintreten. Eine parteipolitische Verordnung wird sie jedoch völlig fern liegen. Der Jugend sollen lediglich der Stoff und die Erkenntnis übermittel werden die mit wachsender Reife ein eigenes selbstständiges Urteil erlangen können. So hoffen wir, daß dieses Blatt, ohne Konkurrenz gegen irgend ein anderes Organ zu sein, dem Wohlwille der proletarischen Jugend entgegenkommen wird.

A. WERTHEIM

Leipziger Straße · Königsstraße · Moritzplatz · Rosenthaler Straße / Versand-Abteilung Berlin W 66

Preiswerte Pfingst-Angebote

Damenkleider

Kittelkleid aus Stückenstoff, jugendliche Form ... 98⁰⁰
Kleid weißer, gesteckter Batist mit Tüllrüsche garniert 125⁰⁰
Kittelkleid aus gestecktem Batist, jugendliche Machart 145⁰⁰
Kleid aus glattem oder gepunktetem Vellé, reich mit Einsätzen, groß Mädelokrag 175⁰⁰
Kleid aus gutem Vellé, mit buntem Stickereiarbeit 190⁰⁰
Kittelkleid aus Vellé, hübsch reich gewäuft, aparte Machart ... 210⁰⁰
Kleid aus weiß und farblich gestreift. Batist, aparte Form 210⁰⁰
Nachmittagskleid aus weißem, gepunktetem Vellé, reich mit Wäschen garn., Volantsteak 245⁰⁰
Nachmittagskleid aus gutem Vellé, in verschiedenen eleganten Ausführungen ... 290⁰⁰

Kinderkleider

Kittelkleid a. blau-rosa, Leinen m. hellfarb. Leinenstoff garniert, Gr. 60—98 cm 42⁰⁰—62⁰⁰
Kinderkleid a. gepunkt. od. gesteckt. Batist mit Stickereiarbeit und Band garniert, in 32⁵⁰—56⁰⁰
Backfischkleid gemust. Vellé, fette Kragengarnitur, Gr. 110—140 cm 142⁰⁰—156⁰⁰
Kinderkleid gestr. Wasche, Krag. m. gepunkt. Stoffblende, Größen 60—100 cm 46⁰⁰—70⁰⁰
Kostümröcke
Waschrock Stückenbatist, 59⁰⁰
 gezogene Form mit Ölriem.
Waschrock aus Punktevellé 65⁰⁰
Waschrock schwarz-weiß u. blau-weiß gestreift. Batist, fette, haltige Form mit Ölriem 65⁰⁰
Waschrock feiner Stückenbatist, moderne faltige Form 67⁰⁰

Leipziger Straße

Abteilung für elegante Maß-Anfertigung

Kleider · Kostüme · Mäntel

Große Auswahl in handgesteckten weißen Kleidern in eleganten Ausführungen

Jacken und Mantelkleider aus farbigen Leinenstoffen

Leinenröcke

in aparten neuen Ausführungen, verschiedene Farben und Preise

Blusen

Bluse a. weißem, gepunktetem Schleierstoff, feckig Ausschnitt 39⁰⁰
Bluse weißer Batist, Vorderfall und Ärmel reich gesteckt 49⁰⁰
Jabotbluse aus weißem gepunktetem Batist, reich mit Handstick garniert ... 61⁰⁰
Schößbluse aus gestecktem Vellé ... 75⁰⁰
Bluse aus gemustertem Vellé, halstfreie Form, reich mit Spitze garniert ... 80⁰⁰

Damen-Hüte

Weißer Seidenmätel mit weicher Kopf und lotte Schleifengarnitur ... 36⁵⁰
Langer Mätel Rand aus Tagalborde, Kopf aus gelochtem Band in feinen Parbenzusammensetzungen ... 42⁰⁰
Kleiner Seidenloque weiß, Stangenreihergarnitur 42⁵⁰
Jockeyform aus Seide mit farbigem Unterrand aus Tagalborde, gestecktem Kopf und Quastengarnitur ... 44⁰⁰
Kleine Schute Rand aus weißer Seide u. farbigem Kopf aus Tagalborde, mit Margarithengarnitur ... 45⁰⁰
Weißer Seidenmätel lange Form, mit Blendengarnitur ... 48⁰⁰
Kleine Tagalschute 58⁰⁰
 farb., weiß. Hähnenhalsband

Damen-Mäntel

Palotol lang, in Sportfarbe, leichte lose Form ... 135⁰⁰
Seiden-Mantel imprägniert, schwarz, blau u. grün 285⁰⁰
Reise-Mantel in guten belien Stoffen, lose Form mit Gürtel ... 305⁰⁰

Moderne Putzartikel in reicher Auswahl

Theater und Vergnügungen.

Opernhaus
 Nachm. 2 Uhr: 13. Volkervorstellung zu ermäßigten Preisen: Der Barber von Sevilla.
 7 Uhr: Die Maestranza.

Schauspielhaus

Nachm. 2 Uhr: 13. Volkervorstellung zu ermäßigten Preisen: Der Barber von Sevilla.
 7 Uhr: Die Maestranza.

Volkshöhle

8 Uhr: Die Heirat.
 9 Uhr: Pantoffeln.

Königsgrüner Straße

Nachm. 2 Uhr: Pflanzgarten.
 7 Uhr: Letzte Aufführung: Der Hühnerhahn.
 8 Uhr: Letzte Aufführung: Der Hühnerhahn.

Komödienhaus

8 Uhr: Der Vater.
 9 Uhr: Letzte Aufführung: Der Vater.

Berliner Theater

8 Uhr: Letzte Aufführung: Der Vater.
 9 Uhr: Letzte Aufführung: Der Vater.

Kammerspiele

8 Uhr: Letzte Aufführung: Der Vater.
 9 Uhr: Letzte Aufführung: Der Vater.

Lesing-Theater

8 Uhr: Letzte Aufführung: Der Vater.
 9 Uhr: Letzte Aufführung: Der Vater.

Deutsches Künstler-Theat.

8 Uhr: Letzte Aufführung: Der Vater.
 9 Uhr: Letzte Aufführung: Der Vater.

Theater am Kottbuser Tor

8 Uhr: Letzte Aufführung: Der Vater.
 9 Uhr: Letzte Aufführung: Der Vater.

Haus Operettenhaus

8 Uhr: Letzte Aufführung: Der Vater.
 9 Uhr: Letzte Aufführung: Der Vater.

Residenz-Theater

8 Uhr: Letzte Aufführung: Der Vater.
 9 Uhr: Letzte Aufführung: Der Vater.

Wald-Theater

8 Uhr: Letzte Aufführung: Der Vater.
 9 Uhr: Letzte Aufführung: Der Vater.

Casino-Theater

8 Uhr: Letzte Aufführung: Der Vater.
 9 Uhr: Letzte Aufführung: Der Vater.

Wintergarten

8 Uhr: Letzte Aufführung: Der Vater.
 9 Uhr: Letzte Aufführung: Der Vater.

Berliner Prater

8 Uhr: Letzte Aufführung: Der Vater.
 9 Uhr: Letzte Aufführung: Der Vater.

Fortuna

8 Uhr: Letzte Aufführung: Der Vater.
 9 Uhr: Letzte Aufführung: Der Vater.

Arme schöne Mädchen

8 Uhr: Letzte Aufführung: Der Vater.
 9 Uhr: Letzte Aufführung: Der Vater.

Komödienhaus

an der Marschallstraße.
Sommerspielzeit
 Donnerstag, den 5. Juni, 7 Uhr:
 Zum ersten Male:
Liselott von der Pfalz
 Stückspiel in drei Akten und einem Vorspiel von Rudolf Decober und Leo Walther Stein.
 Gastspiel von
Lucie Höflich u. Ludw. Hartau.

Pharus-Säle, Müllerstr. 142.

Was bringt uns Versailles?
Drei Vorträge zum Frieden.
 I. Vortrag: Montag, den 2. Juni, 8 Uhr:
Das neue Europa.
 Referent: Hermann Wilke.
 II. Vortrag: Mittwoch den 4. Juni, 8 Uhr:
Deutschlands Friedenswirtschaft.
 Referent: Rudolf Sternfeld-Stellkamp.
 III. Vortrag: Donnerstag, den 5. Juni, 8 Uhr:
Pläne zum Völkerbund.
 Referent: Dr. Ruth.
 Eintritt frei! Teilnehmungsvergütung der Deckung der Kosten.

Zum Patzenhofer

früher: Berliner Beck-Beamer
 Berlin SW., Fidinistrasse 2-3
Sonntag: Eröffnung
Barren-Vorstellung
Konzert und Tanz
 Die 200 Patzenhofer werden in Vereinigungen für Vereinstunten und Festlichkeiten gegen ein Semestergeld vergeben.
 Reinhold Böndel z.

Vergnügungs-Palast „Groß-Berlin“

früher: Kilems Feestsäle
 Hasenheide 13-15. Direktion: Karl Knoppe
 Donnerstag, den 29. 5. (Nimm-Jahrestag)
 und Sonntag, den 1. Juni:
Großer Ball
 mit verstärktem Orchester.
 Anfang Sonntag 4 Uhr
 Wochentage 7 Uhr

Wirtshaus „Oranke-See“

Inhaber: Max Korn.
 Orankestr. 41 in Berlin-Hohenschönhausen, Orankestr. 41/49
Jeden Sonntag und Donnerstag
Konzert und Tanz
 Jeder Montag: Kesseltänzer und Tanz.
 Jeder Dienstag: Kinderfest (Oranke-Pelle).
 Jeder Mittwoch u. Freitag: Unterhaltl. u. moderne Tanz.
 Jede Samstag: Frühkonzert und Tanz.
 3 Pfingstfeiertage nachm.: Konzert u. Tanz.

Pelze

Weiß-Elan-Krausfasche gegen bar und erleichterte Zahlungsbedingung.
 Briefe arbeiten. Pelzhaus.
ARLUCCO
 Berlin SW 10

Facharzt

für Haut-Harn-Frauenleiden, Salvarsankuren, — Blinnierkrankung, — Schilddrüsenerkrankung v. anstehenden Krankheiten der Harnorgane in Dr. Ehlers' Heilanstalt Potsdamer Str. 27b II-1, 5-7. Sonntag II-1.

Spezialitäten-Theater NO.

Landsberger Allee 76/77
 am Ringbahnhof
IXOLICH VORSTELLUNG
Gewehrfabrik Spandau
 Dienstag, den 3. Juni
Familienausflug
 Treffpunkt 8¹/₂—9 Uhr Bahnhof Grünau.
 Rege Beteiligung wird erwartet.
Der Arbeitererrat. Die Vertrauensleute.

U. S. P. für Tellow-Beeskow-Charlottenburg.

Leit. Aussch. der Kreisgeneralversammlung werden wir für unsere aus 20 erichtenden Barone 3 Sekretäre.
 Ein Bureau wird im Südosten Berlins resp. in Neukölln errichtet mit 2 Angestellten, davon hat einer die Kassengeschäfte zu führen.
 Das zweite Bureau wird in Stechow errichtet mit einem Angestellten. Derselbe muß neben der Parteilichkeit auch der landlichen Bevölkerung Auskunft geben können.
 Anstellungsbedingungen sind durch die Generalversammlung wie folgt festgelegt: Die Angestellten haben sich jeder nebenamtlichen Tätigkeit sowohl in der Partei wie auch in den Gewerkschaften und anderen Parteien zu enthalten. Auf Beschluß der Generalversammlung können die Angestellten zu jeder Zeit ihres Postens entlassen werden oder Zahlung einer Abfindung in der Höhe des Gehalts für zwei Monate. Gehalt pro Monat 600 M.
 Gewerbe sind bis zum 30. Juni 1919 mit der Aufschrift „Bewerbung u. d. Kreisbureau Neukölln, Neuköllnstr. 23a richten.“

Gemeindevorsteher

in einer im Amtsbereich begriffenen Gemeinde in der Umgebung Berlins gesucht. — Bewerber wollen ihre Meldungen mit selbstgeschriebenen Lebenslauf und Angabe der Gehaltsansprüche mit der Aufschrift „Bewerbung“ bis 15. Juni er. einreichen.
 Der Vorstand der Gemeinde Bohusdorf b. Grünau i. M.

Leitender Redakteur

neuzugründende Tageszeitung
 in der Provinz Brandenburg für sofort gesucht. Offerten unter W. P. an die Expedition dieser Zeitung erbeten.

Zweizimmerwohnung gesucht

ev. Dreizimmerwohnung, in der Nähe des Bahnhofs Friedrichstraße oder Tiergarten. An b. Laden mit Stube kommt in Frage. Offerten unter „H. B. 1“ an die Expedition der „Freih.“

Unabhängig! Parteilos! Das Ausland

Wochenblatt für internationale Politik
 Herausgeber: Dr. jur. D. Aravandinos.
 Aus dem Inhalt bereits erschlossener Nummern:
 Antonio Aspasius von der „A. H. C.“ Madrid;
 Der wahre Völkerverbund;
 Paul Brunsell u. Z. Gant; (Der Biograph Tolstois);
 Das Ausland von heute;
 Dr. Niles Beer u. Z. Berlin;
 Das Arabo-Kronische Reich;
 Chankel Zwi u. Z. Berlin;
 Das jüdische Volk auf der Friedenskonferenz;
 Jens Dobrit, Herausgeber der Postille, Gant;
 Das N. Gernsen gegen Deutschland;
 Professor Ar. Kossidit u. Z. Luzern;
 Sozialistischer Konformismus und Konformistendeale;
 L. Nicol u. Z. Berlin;
 Paris und Moskau.
 Außerdem regelmäßig: —
 Briefe aus dem Ausland;
 Die Presse des Auslandes, eine umfassende Übersetzung der Auslandspresse.
 Auslandsnachrichten, Besprechung der wichtigsten Tagesfragen und Ereignisse.
 Erscheint jeden Sonntag — Unverfälscht zu haben.
 Preis 20 Pf. monatlich, 2 Mark jährlich.
 V. Haag, „Das Ausland“ (Dr. jur. D. Aravandinos), Berlin W 35, Gestirnsstr. 12/1, Amt Lützow 96.

Reparaturwerkstatt für Uhren und Goldwaren

Für jede bei mir reparierte Uhr beste technischer Garantie
Wilhelm Schell, NO. Prenzlauer Allee 115

Erprobte Erfindung! Zum Schutz der Volksgesundheit

Beseitigung von Ausflüssen u. chron. Katarrhen (schock u. schmerzlos)
SANABO
 D.R.P. No. 269184
 Wirksamste Spezial-Instrumente
 Markt bei Braun-, Darm- u. Harnleiden aller Art.
 In Krankenhäusern, Lazareten, Kliniken im Gebrauch. Empfohlen von ersten Autoritäten.
Erhältlich für Ärzte oder auf ärztliche Verordnung:
 „Sanabo“ Berlin W. 1. Obelstr. 12, part. 4. u. 5. Tel. Hildner 604.
 Aerechle Spezialisten: J. 4. 5. Sonntag II-1. Prospekt

Werksätten für Uhrmacherkunst

Ne jede Reparatur 1 Jahr Garantie.
Max Zeitchel, Uhrmachermeister, BERLIN N., Müllerstr. 130 und Beuststr. 192.

Zahn-Atelier

H. Zlotnicki
 Alexanderstr. 36 d, Ecke Kaiserstr.
 Zahnziehen mit örtlicher Betäubung, Füllungen in Gold, Porzellan, Almagom etc., Zahnersatz in künstlerischer Ausführung, Spezialität: Plattenloser Ersatz, Kronenarbeit.
 Mäßige Preise!

Säle

bis 3000 Personen fassend, in verschiedenen Veranlassungen, Vergütungen zu vergeben.
Dresdener Straße 84/86
 Von der Höhe herab
Dr. Zadek
 N., Brandenburgerstr. 139, Tel.: Moritzplatz 303.
SOMMERSPROSEN
 verschwinden radikal durch „Serena“, gänzlich bewährt. Gr. 17, M. 4.30, Nachnahme 4.50. Berlin, Der Seefisch-Produkt.

Ledebour vor den Geschworenen

Zweiter Verhandlungstag.

Der Vorsitzende war Ledebour im Polizeipräsidium. Er hat mit Thiessenhausen nicht viel gesprochen, weil er ihm unsympathisch war.

Zeuge Albert war Führer der Personal-Abteilung der Volls-Marine-Division. Er schildert eingehend die Vorgänge im Marzall am 6. Januar. Schon am 3. Januar habe ihm Dornbach gesagt, innerhalb drei Tagen ist die Regierung erledigt.

Durch Ihre Fragestellung ist eine totale Bewirzung herbeigeführt worden. — Vorsitzender: Ich verbitte mir diesen Ton, Angeklagter! Wenn Sie sich in dieser Weise benehmen, so machen Sie eine weitere Verhandlung unmöglich.

Der Vorsitzende ergriff die Glocke und kündigte heftig: Das ist eine Drohung, eine unerhörte Duschung. Herr Staatsanwalt, ich bitte sich dazu zu äußern.

Staatsanwalt Humbrecht: Ich glaube, daß dem Angeklagten Ledebour der allerweiteste Spielraum in seiner Verteidigung gelassen worden ist. Ich möchte bezweifeln, daß irgend einem anderen Angeklagten hier in Roßau jemals diese Freiheit der Verteidigung gelassen worden ist.

Vorsitzender: Das Gericht wird beraten. — Rechtsanwält Rosenfeld: Ich bitte bei Ihren Erwägungen die ganze Persönlichkeit Ledebours in Betracht zu ziehen und zu würdigen, was der Angeklagte in sachlicher Weise wollte.

Ledebour: Die Befreiung des Zeugen Thiessenhausen ist für mich die wichtigste Sache. Ich habe deshalb schon, wie meine Verteidiger bekämpfen werden, mit Ihnen vor der Sitzung beraten, ob es angebracht ist, eine öffentliche Erklärung abzugeben.

unter seinen Umständen Zeugen befristet und befristigt werden dürfen.

Ich bitte nunmehr die Presse — da ich sonst keine Möglichkeit habe, mit der Öffentlichkeit in Verbindung zu treten — meine Aufforderung wiederzugeben, daß ich dringend bitte, keinen einzigen Zeugen, er möge so unglücklich gegen mich ausfallen, wie er wolle, irgendwie zu bestrafen. Insbesondere warne ich meine Freunde, Aufforderungen zu Gewalttätigkeiten von Leuten, die wohlfeilste Lappalien sind, nachzukommen, weil es zweifellos gegen mich und die Sache, die ich vertrete, verwerlich wird.

Staatsanwalt Gysae: Ich glaube, daß diese Erklärung des Angeklagten vollkommen genügt. Vorsitzender: Ich habe die Sache für erledigt.

Der Zeuge Albert behauptet nun weiter, daß er nur die Aufgabe von Dornbach gesehen habe, die Kupfers von Maschinen-gewehren und Handgranaten hat er nicht gesehen.

Bestant Hamburgert war der Bevollmächtigte des Unterstaatssekretärs Götts und befand sich am 6. Januar, als die 500 bewaffneten Soldaten unter der Führung Lemke und der unbekannten zwei Revolutionäre die Besetzung des Kriegsministeriums vornehmen wollten, in diesem Dienstgebäude.

Bei der hier anschließenden nachmittäglichen Vernehmung des Rotkops Lemke ergibt sich, daß Herr Lemke dem gegenwärtigen Sekretär des Obersten, dem Revolvermeister in der Reichskasse, Rose,

100 Mark erhalten hat, damit er verhaftet wurde.

Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld: Ich beantrage den Pressevertreter Rosenfeld — der Beschuldigte als Zeugen zu laden. — Staatsanwalt Dr. Humbrecht: Ich bitte diesen Antrag abzulehnen. Es mag für den Angeklagten Ledebour ein politisches Interesse vorliegen, sich Klärung über diese Revolutionäre zu verschaffen, für die Öffentlichkeit, die hier gegen den Angeklagten Ledebour verhandelt wird, sind die Aussagen, die nach seiner Tod liegen, völlig wertlos.

Anfang Januar bereits verschiedene ihrer Anhänger in die revolutionäre Bewegung hineingeworfen habe. Diese Tatsache ist geeignet, besondere Schlaglichter auf den Verlauf der Bewegung, für die ich hier stehe, zu werfen.

Das Gericht beschließt, den Pressevertreter Rosenfeld zu laden. Rechtsanwält Rosenfeld beantragt sodann die Vernehmung eines Zeugen Baisel, welcher bezeugen soll, daß Thiessenhausen eines Tages

als Spionakemann verhaftet worden sei.

Staatsanwalt Gysae: Ich weiß nicht, was damit bezeugt werden soll. Mißgriffe sind in diesen unruhigen Zeiten dauernd vorgekommen. Schlüsselergebnisse lassen sich daraus mit Sicherheit nicht ziehen. — Rechtsanwält Rosenfeld: Es ist bezeugend, daß die Staatsanwaltschaft, das Ergebnis der Zeugenaussage gewissermaßen vorwegnehmend, diese Verhaftung als einen Mißgriff darzustellen sucht. Wir müssen auf unserm Antrag bestehen bleiben. — Gericht beschließt, den Zeugen Baisel zu laden.

Zeuge Fritz Wolff gehörte zum Stab der Sicherheitswache. An dem entscheidenden Januartage befand sich der Zeuge gegen 9 Uhr im Lichthof des Polizeipräsidiums, als ein revolutionärer Offizier diejenige Mannschaften anforderte, sich zu melden, die bei den Pianisten oder Eisenbahnern gedient hätten.

meide er sich zu der Unternehmung. Er legitimierte sich durch sein Mitgliedsbuch der U. S. V. D., der beigetreten, er von seinen Kameraden gezwungen worden sein will. Er ging mit dem revolutionären Offizier in den Vorzimmer des Polizeipräsidiums. Eichhorn kam mit Ledebour aus dem Präsidiumszimmer. Ledebour begab sich an das Fenster, während Eichhorn zu dem revolutionären Offizier und dem Zeugen trat. Eichhorn sprach nun mit ihnen den Auftrag. Es sollte ein Zug mit Regierungssoldaten, der aus Stettin erwartet wurde, aufgehalten werden.

Ledebour: Nachdem die Volls-Marine-Division, die mich früher des Fahren mit dem Auto nach Hause gesehen, sich mit den Revolutionären überworfen hatte, habe ich mehrfach Eichhorn um ein Auto gebeten, weil ich sonst zu Fuß nach Eitleig hätte laufen müssen. Auf den Zeugen kann ich mich nicht besinnen.

Von dieser ganzen Eisenbahnaffäre weiß ich nichts.

Die Möglichkeit, daß ich mit Eichhorn über die Vernehmung eines Autos gesprochen habe, hat hohe Wahrscheinlichkeit für sich.

Der Zeuge Wolf behauptet noch, daß er den diensttuenden Beamten auf dem Stadtschloß Alexanderplatz von dem besprechenden Eisenbahnwärtler unentgeltlich hat, um ein Auto zu verhindern. Später hat er an der Expedition teilgenommen. Wolf hat auch den Oberst Reinhard von diesem Vorhaben und der Absicht der Eisenbahnleute, Flugbomben zu anderen Zwecken zu verwenden, Kenntnis gegeben. Auf die Frage, warum er sich an dem Anschlag auf die Eisenbahn beteiligt habe, gibt er an, daß er sich ja durch seine Warnung gehütet hätte, andererseits hätten ihn seine angelegten Vorurteile geblendet, wenn sie keine weitere Bestätigung erhalten hätten. Staatsanwalt Humbrecht stellt selber den Widerspruch in den Aussagen dieses Belastungszeugen fest. Es sei bei den Umständen, als die Staatsanwaltschaft diesen Punkt der Anklage stellen lassen will.

Zeuge Lemke wird nicht verurteilt, weil er der Mittäterschaft verdächtig ist, Rechtsanwält Hergfeld stellt fest, daß der Zeuge niemals angefragt oder als Beschuldigter benannt worden ist. Es sei sehr wahrscheinlich, wie dieser Zeuge ermittelt worden sei.

Zeuge Henze war Führer des 3. Regiments der Republikanischen Leibschützen. Seine Truppe hat der Weidmannsdorfer neuen Regierung Widerstand entgegengebracht, weil das Schrittsbild nicht gestempelt war. — Zeuge Debuschen war Vorsitzender des Soldatenrates im 3. Garde-Regt. Um sich über die politische Situation auszulassen, habe das Regiment einen Redner des Volksgenossen ernannt.

Es kam Ledebour und hier eine Anklage, in der er das Regiment für seine Heere gewonnen wolle. Die Mannschaften aber fanden in der überwiegenden Mehrzahl auf Seiten der Regierung Oberst-Edelmann.

Mannecht wird der Zeuge Thiessenhausen von neuem vernommen, um sich zunächst selber über seine Verhaftung als Spionakemann zu äußern. Thiessenhausen behauptet, es seien kommunistische Soldaten im Januar in die Wohnung seiner Mutter eingedrungen, um ihn zu finden, da er als Vertreter erwählt worden sollte. Er habe zunächst Schutz auf der Kommandantur gesucht, wo er aber abgewiesen wurde. Er habe sich dann zum Staatsministerium begeben. Th. der hohen Bekanntschaft des Herrn Götts begeben. Der Kommandant gestattete ihm aber Recht zu bleiben. Thiessenhausen

ist den Mannschaften dann verdächtig vorgekommen, er würde festgenommen und sollte als der Spionage verdächtig Spionakemann verhaftet werden. Die Soldaten der Wache riefen ihn zu: Jungelen jetzt bitte erledigt, jetzt wirst du wie die andern an die Wand gestellt!

Ledebour: Ich lege dieser letzten Angabe des Zeugen eine gewisse Bedeutung bei, da sie für das Angehen der Regierungstruppen äußerst bezeichnend ist. — Thiessenhausen erklärt nun weiter, daß er, um sein Leben zu retten, schließlich gebeten habe,

ihn vor den Militär Rat zu führen,

der ihn legitimieren würde. Ernd sagte zwar: Da sind Sie ja schon wieder, aber Thiessenhausens Leben war gerettet. — Rechtsanwält Dr. Rosenfeld: Sie wurden doch sehr eingehend nach Ihren verschiedenen politischen Auffassungen gefragt. Um so auffälliger ist es, daß Sie nunmehr auch den Militär Rat kennen. — Thiessenhausen: Wenn ich alle Personen nennen wollte, die ich kenne, dann würden Sie und ich wahrscheinlich nicht fertig werden. — Die Vernehmung führt in diesem Zusammenhang zu der Tätigkeit des Zeugen zur Zeit der „Vorwärts“-Besetzung zurück. Er gibt diesmal eine erheblich verschiedene Version von seiner Aussage bei seiner Vernehmung am Dienstag. Während Thiessenhausen damals behauptet hatte, er sei bei dem Redakteur Kassin er gewesen und habe die Rede Ledebours diktiert wollen,

gibt er diesmal an, auf den Hofen gewesen zu sein, da er auf Kuttner habe warten müssen. Als Rechtsanwält Liebnecht sich nun bemüht, ein neues Beispiel für die Rindeverleumdung der Thiessenhausenschen Aussagen festzustellen, greift der Vorsitzende in die Verhandlung ein und gibt dem Zeugen durch seine Frage wiederum Gelegenheit, sich aus seinen Widersprüchen zu retten.

Rechtsanwält Dr. Rosenfeld: Sie haben vorher immer gesagt, daß Sie dabei waren, die Rede Ledebours zu diktieren,

als die Spionakisten in das Haus drangen. Sie behaupteten also, daß Sie durch das Rahen des Juges in der Niederschrift gehindert wurden. Heute haben Sie behauptet, daß Sie verhindert waren, weil Herr Kuttner beschäftigt war. Das sind doch Unterschiede. — Vorsitzender zu Thiessenhausen: Sie wollten sagen, daß Sie an der Niederschrift „endgültig“ durch das Herannahen des Juges und die Befehle des „Vorwärts“ gehindert wurden. — Thiessenhausen, die Idee des Vorsitzenden aufgreifend: Ja wohl, durch die Befehle des „Vorwärts“ wurde ich endgültig gehindert, die Rede zu diktieren. Rechtsanwält Liebnecht: sehr erregt.

Das ist eine Parteinahme, wie sie im Buche steht.

Rechtsanwält Rosenfeld: Ich schließe mich sachlich der Auffassung meines Mitverteidigers vollkommen an. — Vorsitzender: Ganz abgesehen von der Frage, ob eine Angeklagter in dem Auftreten der Verteidiger zu erwidern ist, erjude ich, weil ich mich persönlich gegen diesen schweren Vorwurf schämen will, zunächst um seine Begründung. — Rechtsanwält Rosenfeld: Die offensichtliche Parteinahme erwidern wir darin, daß dem Zeugen durch das Eingreifen des Herrn Vorsitzenden Gelegenheit gegeben worden ist.

sich aus seiner schwierigen Situation zu befreien.

Der Vorsitzende weist demgegenüber darauf hin, daß er nur befreit gewesen sei, die verschiedenen Aussagen des Zeugen, die sich seiner Meinung nach durchaus vereinigen lassen, festzustellen. Er könne sich nicht, wie die Verteidiger, Retzen lassen. Er frage erneut, ob der Vorwurf bewußter Parteinahme ausreicht erhalten wird.

Rechtsanwält Liebnecht: Eine bestimmte Absicht des Herrn Vorsitzenden will ich nicht mehr behaupten, aber die Wirkung war jedenfalls im Sinne meiner ersten Ausführungen. — Rechtsanwält Rosenfeld: Das ist auch meine Auffassung die Wirkung war in der Tat derart, daß der Zeuge Gelegenheit hatte, sich zurückzuziehen so daß man auf eine Parteinahme schließen konnte. — Rechtsanwält Obuch: Die Verteidiger beantragen gerade an diesem Zeugen, daß er nicht unterscheidet, was objektive Vorgänge sind und was die Wichtigkeit seiner Person bedeutet, so daß man sagt

den Einfluß einer psychologischen Person

von ihm hat. — Rechtsanwält Liebnecht: Gerade bei einem solchen Zeugen wäre es besser, ihn erneut zu befragen, wenn man Mißverständnisse aufklären will, aber nicht, wie es der Vorsitzende getan hat, seinen Ausführungen einen verbindlichen Charakter zu geben.

Das Gericht zieht sich zur Beratung zurück und verhandelt, daß über den Vergleich zwischen ihm und den Verteidigern ein Protokoll aufgenommen worden ist. Gegen das Protokoll wird kein Widerspruch erhoben. Der Vorsitzende dankt sodann, daß die Rechtsanwält Dr. Liebnecht und Dr. Rosenfeld wegen Verletzung der Würde des Gerichts zu einer Geldstrafe von je 100 M. genommen worden sind. Dem Vorsitzenden sei demüthig die Versicherung des Gemeinderates vorgemeldet worden.

Die Sitzung wird auf Dienstag früh 9 Uhr vertagt.

Der Verteidiger ist aus dem Saal folgende Telegramm zugegangen:

Rechtsanwält Rosenfeld, Schwurgerichtshof Ledebour, Berlin. Der Unterzeichnete ist beauftragt, im Namen der U. S. V. Südhessens Sie zu bitten, folgende Resolution dem Genossen Ledebour zu übermitteln: Das revolutionäre Proletariat Südhessens bittet voller Bewunderung auf den großen Helden der Revolution und seine Verteidiger, und erstrebt Ledebours seiner revolutionären Verdienste wegen. Beglückwünscht der U. S. V. Südhessens, Wally-Darmstadt.

Preussische Landesversammlung.

27. Sitzung, Sonnabend, den 31. Mai 1919.

Zur ersten Beratung steht der Antrag der Soc. auf Annahme eines Gesetzentwurfs über die Wahl der Gemeinderatsmitglieder in der Provinz Hannover.

27. Sitzung (Zug): In der Provinz Hannover bestehen auf Grund der überholt reaktionären alten Landesverfassung noch Gemeinden, umschließungen mit Wahlmännerrecht. In diesen hat der Grundbesitzer das Herrschaftsrecht. Hier muß das Parlament abhelfen, damit die Entschaltung der Gemeindeglieder befestigt wird und die Demokratie zu ihrem Rechte kommt.

Unterstaatssekretär Dr. Hauer: Die Regierung wird im Angelegenheit des Hauses einen begünstigten Entwurf vorlegen. Daraus kommt folgende dringende Anfrage der Deutschen Nationalen zur Verhandlung: Ob 1. der Vorläuf der demitischen Gegenentwürfe zu den Friedensverhandlungen

so rechtzeitig vorgelegt werden wird, daß die Landesversammlung nach der ihre Vertagung dazu Stellung nehmen kann und ob sie 2. bereit ist, auf Anfragen nähere Auskunft über die Freigen betreffende Vorwürfe zu geben.

Unterstaatssekretär Götts erklärt dazu: 1. Der vollständige Wortlaut der deutschen Gegenentwürfe zu den Friedensverhandlungen wird voraussichtlich spätestens Mittwoch der Landesversammlung zugehen können; 2. die Regierung ist bereit, dem Hause auf Anfragen nähere Auskunft über die dem preussischen Staat betreffenden Vorschläge zu geben, soweit die politischen allgemeinen Verhältnisse dies gestatten.

Damit ist die Anfrage für heute erledigt.

Das Haus geht die Besprechung der Anfragen über die

Verbesserung des Bergarbeiterslohnes,

die Neuordnung des Anwartschaftsrechts und die Lage der Bergarbeiter im besetzten Saargebiet im Hinblick an die getrigte Erleichterung fest.

Hg. Schwarz (Zug): Es wird alles darauf ankommen, daß die neuen gesetzlichen Bestimmungen nicht auf dem Papier stehen bleiben. Vor allem wird auf die Verminderung der hohen Inflationslast hingearbeitet sein. Ebenso muß die hohe Zahl der beschäftigten Jugendlichen herabgemindert werden. Besonders notwendig ist das Anwartschaftsrecht. Man hat hier schon „Arbeiter-Parolen“ vorgeworfen, daß sie gefährdet hätte. Im Saargebiet haben die Arbeiter Preise gebilligt. Auch heute haben die Arbeiter aber noch nicht den Geist der Zeit begriffen. Der 8-Stunden-Tag ist ausgerechnet von den Saarbergwerken nicht eingeführt worden. Es ist nicht ganz richtig, den Freigen an den unbetriebsfähigen Zuständen im Saargebiet die allernigste Schuld zugewiesen. Der Redner gibt sehr ausführliche Aufschlüsse über die Arbeiterbewegung im Saargebiet.

Hg. Cunert (Dem.) greift den Vorredner an, weil er die Teil der verfassunggebenden Versammlung ungebührlich in Anspruch genommen habe. Jetzt sei es nicht Zeit, Agitationsreden zu halten.

Hg. Rippel (Nat. Vp.): Der feindliche Friedensentwurf macht uns die Festhaltung der Sozialpolitik, im besonderen auch die Weiterentwicklung des Bergarbeiterlohnes geradezu unmöglich. Eine vom Reichsrat herabgelassene und weiterentwickelt.

Hg. Leeder (S. Vp.): Die große Bedeutung des deutschen Ruhrgebietes für unser ganzes Wirtschaftliches haben wir in

Gewerkschaftliches.

Delegiertenvahl der Töpfer.

Heute, Sonntag vormittag von 10-12 Uhr, ist in den ...

Lithographen und Steinrunder für das Rätesystem.

Die Lithographen, Steinrunder und verwandten Berufe ...

Die am 22. Mai in den Arminkallen in großer Zahl ...

Am die Abfassung der kapitalistischen in die sozialistische ...

Zum Schluss wurde ein Antrag angenommen, Versammlungsberichte ...

Drohender Streit im Bahnhofsbuchhandel!

Die seit mehreren Wochen wegen Lohnerhöhungen ...

Das den Firmen gefällte letzte Ultimatum läuft am Montag ...

Zum Kohlelegerstreit.

Die Berliner Kohleleger und Helfer nahmen in ...

leistung wurde von der Versammlung einstimmig mit großem ...

„Na alle Arbeiterräte, Betriebsräte und Betriebsvertrauensleute! ...

Die Streikleitung der Kohleleger und Helfer.

Zentralverband der Handlungsgehilfen, Ortsgruppe Groß-Berlin.

Im Reichsarbeitsamt liegt gegenwärtig ein Gesetzentwurf ...

Arbeitslose! Treiben-Sammlungenweg! Große Versammlung ...

Die städtischen Arbeiter des Bahnhofs Danziger Straße ...

Charlottenburg. In der am 27. Mai stattgefundenen ...

Bauarbeiter-Verband, Verein Berlin, Gipsschubbranche ...

Sanftionäre der Reichsgefängnisse! Montag abend 8 1/2 ...

Die untenen Angehörigen des Magistrats Berlin haben am ...

Spandau S. B. C. Die Kollegen von Lu I und Lu II ...

Dienstag nachmittag 2 Uhr bei Westenburg, Rosenstr. 4 ...

Berichtigung. In dem Bericht über den Holzarbeiterstreik ...

3. Provinzialkonferenz der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte Brandenburgs.

Die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte der Provinz ...

In der Diskussion wandte sich Großsch gegen die ...

Von einer Renouvi des Vorstandes wurde Abgang ...

Streit wies einpaar seines Vortrags auf den drohenden ...

Redner bemerkt sowohl den Antrag der S. B. D. wie ...

Sowohl in Gemeinde Kreis und Provinz müssen die für ...

Cohen (Korreferent): So verständlich auch der Protest ...

Trotz aller Unsicherheit über das Rätesystem empfinden ...

Knecht vertrat den kommunistischen Standpunkt der ...

Die proletarische Diktatur im Sinne unseres Parteiprogramms ...

